

"Die Energiewende vereint Wohlstand und Ökologie"

Autor(en): **Epprecht, Nils**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(2017)**

Heft 2: **Bitte wenden!**

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-685406>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Die Energiewende vereint Wohlstand und Ökologie»

«Die Energiewirtschaft verkauft zu viel Energie», kritisiert Ernst Ulrich von Weizsäcker. Der Co-Präsident des Club of Rome und langjährige Kämpfer für eine nachhaltige Energiepolitik spricht im E&U-Interview über Widersprüche in der Klimapolitik, den schweren Stand der Energieeffizienz, fehlende Kostenwahrheit und die Energiestrategie 2050.



Von Nils Epprecht
SES-Projektleiter Atom & Strom,
nils.epprecht@energiestiftung.ch

Seit vielen Jahrzehnten schon engagiert sich Ernst Ulrich von Weizsäcker für die Energiewende. Der gebürtige Zürcher und Neffe des ehemaligen gleichnamigen deutschen Bundespräsidenten ist Physiker, ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter und seit 2012 Co-Präsident des Club of Rome. Dieser wurde 1972 durch seinen Bericht «Die Grenzen des Wachstums» weltweit bekannt. Im neuen Buch des Club of Rome, «Wir sind dran; was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen», das im September erscheint, analysiert von Weizsäcker die «philosophische Krise» der Klimapolitik. Im Interview mit Nils Epprecht am diesjährigen schweizerischen Stromkongress erläuterte er seine Gedanken, wieso die Klimapolitik versagt und erklärte seine Sicht zur bevorstehenden Abstimmung über die Energiestrategie 2050.

Es gibt einen massiven Konflikt: Das Volk will Billigenenergie. Effizienz aber verlangt teure Energie.

E&U: Die Welt befinde sich in einer philosophischen Krise, schreibt der Club of Rome in seinem neuen Buch. Was meinen Sie damit?

Ernst Ulrich von Weizsäcker: « Die typische Reaktion der Staaten dieser Welt auf das Ergebnis der Klimakonferenz von Paris lautet: Okay, offenbar muss man wirklich etwas für den Klimaschutz tun. Aber: Das wird sehr teuer. Deswegen müssen wir unbedingt das Wirtschaftswachstum ankurbeln. — Das ist doch ein Widerspruch! Diese Lösungsstrategie verschlimmert das eigentliche Problem. Das ist Teil der philosophischen Krise. »

E&U: Ist das nicht Schwarzmalerei? In der Energiepolitik findet die ökologische Transformation, die Energiewende, doch gerade statt!

« Die Energiepolitik ist eine positive Ausnahme. Durch die Initiative von Dänemark und Deutschland ist der Gedanke der Energiewende entstanden. Die bis dahin ein Schattendasein fristende Wind- und Solarenergie

wurde salonfähig. Damit wurde erstmals ein Anstieg des Wohlstands in Harmonie mit ökologischer Verbesserung erreicht. Während sonst Ökologie und Wohlstand typischerweise in einem krassen Gegensatz zueinander stehen. »

E&U: Also alles auf dem richtigen Pfad?

« Leider nein. Auch bei erneuerbaren Energien gibt es Widerstand. Im Fall von Biodiesel, Windenergie und Geothermie wurde das schnell offensichtlich. An erster Stelle muss deswegen die Energieeffizienz stehen. Dabei gibt es jedoch einen massiven Konflikt: Das Volk will Billigenenergie. Effizienz aber verlangt teure Energie. »

E&U: Nicht zwingend! Verbesserte Gebäudeisolierung führt beispielsweise zu geringeren Heizkosten.

« Richtig. Aber Energieeffizienz gibt es faktisch nie ohne Investitionen am Anfang. Aufgrund der Zinsen für die dazu notwendigen Kredite ergeben sich schnell Amortisationszyklen von bis zu 30 Jahren. Wäre hingegen der Energiepreis doppelt oder dreifach so hoch, würde sich dieser Zyklus auf 10 Jahre reduzieren — und alle Leute würden ohne mit den Wimpern zu zucken investieren! »

E&U: Welche Massnahmen schlagen Sie denn vor, um einen solchen Preisanstieg zu bewirken?

« Da gilt es, zwei verschiedene Aspekte zu beachten: Zuerst muss man die Markt deregulierung, insbesondere das Verbot von Gebietsmonopolen, überdenken. Solche Gebietsmonopole haben die Preise hoch gehalten. »

E&U: In der Schweiz existieren Gebietsmonopole für KleinkonsumentInnen noch immer, was dazu führt, dass diese die eigentliche Rechnung bezahlen.

« Die Liberalisierung der Strommärkte, ausgehend von den USA und in der EU, war meiner Ansicht nach ein Denkfehler. Die Preise bilden heutzutage nicht mehr die ökologisch wahren Preise ab. Im freien Markt sind sie schlicht zu tief. »

E&U: Weshalb gelingt es dem Markt nicht, die ökologischen Kosten zu internalisieren?

« Die Braunkohle beispielsweise hat eine sehr starke Lobby, bei der Atomkraft genau das gleiche. Bis vor fünf



Der Co-Präsident des Club of Rome Ernst Ulrich von Weizsäcker (rechts) bei einem Besuch des damaligen UNO-Generalsekretärs Ban Ki-moon in Berlin (2015).

Foto: zvg (Ernst Ulrich von Weizsäcker)

Jahren konnte man sagen: Wer etwas von Energie versteht, ist auch Energieversorger. Doch diese wollen aus Eigeninteresse so viel Energie wie möglich verkaufen und sind entsprechend überhaupt nicht an Effizienzmassnahmen interessiert. »

E&U: Sie würden also der Schweiz empfehlen, auf eine weitere Marktöffnung zu verzichten?

« Genau. Ähnlich, wie es die Schweiz bei der kleinbäuerlichen Landwirtschaft sogar gegenüber der allmächtigen Welthandelsorganisation WTO geschafft hat. Bei der Energie hat die Liberalisierung zwar auch kleinere Produzenten und Bürgervereinigungen hervorgebracht. Dies kann aber auch in einem regulierten Markt oder bei Gebietsmonopolen geschehen, sofern das Prinzip einer dezentralen und kleinräumigen Verteilung berücksichtigt wird. »

E&U: Worin bestünde Ihre zweite Massnahme?

« Die Energiesteuer. Das ist noch unbeliebter als die Re-Regulierung, aber dafür viel eleganter. Dass steigende Preise Fortschritt erzeugen können, zeigt mein Lieblingsbeispiel: das Ping-Pong zwischen Arbeitsproduktivität und Löhnen. Beide sind über 150 Jahre Hand in Hand gewachsen. Höhere Löhne haben immer Anreize zur Steigerung der Arbeitsproduktivität gesetzt. Mit der Folge, dass sich die Arbeitsproduktivität verzweifelt hat! Karl Marx hätte sich so etwas nicht im Traum

Die Energieversorger wollen so viel Energie wie möglich verkaufen und sind überhaupt nicht an Effizienzmassnahmen interessiert.

vorgestellt! Als Physiker behaupte ich: Eine Verzweiflungsfachung der Energieproduktivität ist physikalisch mindestens so plausibel! Das wird aber nur geschehen, wenn die Produktivität je Energieeinheit Jahr für Jahr rentabler wird, d.h. wenn mit der Effizienz Geld zu verdienen ist. Das ist heute nur selten möglich. Und der Vergleich hinkt: Unterbezahlte Arbeiter gehen auf die Strasse und streiken, die Kilowattstunden machen so etwas aber nicht (lacht). Also braucht es den Staat für das Voranbringen der Energieeffizienz. »

E&U: In der Schweiz stimmen wir bald über die Energiestrategie 2050 ab. Ist das ein Schritt in die richtige Richtung?

« Ja. Allerdings muss die Frage der Energiebesteuerung insbesondere für die Zeit nach dem Auslaufen der KEV noch einmal angegangen werden. Der einfache Austausch der Mehrwertsteuer wurde von der Bevölkerung leider abgelehnt. Es braucht bei einer Neuauflage einen Sozialtarif für die Ärmeren und Ausnahmen für Grosskonsumenten in der Industrie. Diese verlassen sonst einfach die Schweiz, womit dem Klima auch nicht geholfen ist. Beides ist jedoch möglich. »